

Senat will mehr Polizei in drei Brennpunkten einsetzen

BERLIN – Innensenator Andreas Geisel (SPD) will im kommenden Jahr die Polizeipräsenz an drei Berliner Kriminalitätsschwerpunkten deutlich erhöhen. Im Kampf gegen Gewaltkriminalität und Drogenhandel würden der berüchtigte Görlitzer Park, das Kottbusser Tor und die Warschauer Brücke in Friedrichshain ins Visier genommen.

Gedacht ist u. a. an mobile Wachen. Bis Mai 2020 sollen 125 Polizeibeamte zusätzlich zu diesem Zweck eingesetzt werden. Geisel: „Ich glaube, wir müssen wesentlich energischer vorgehen als bisher, das wird noch mal zu erheblichen Anstrengungen auch auf Seiten der Polizei führen.“

Fließen linksextremistische Strategien in die Senatspolitik ein?

BERLIN – Fließt linksextremistisches Gedankengut in die Planungen des Berliner Senats zum „Mietendeckel“ ein? Das vermutet zumindest der CDU-Abgeordnete Stephan Lenz (Foto) und machte das gestern Abend in der Sitzung des Ausschusses für Verfassungsschutz um Thema.

Es geht um die „Interventionistische Linke“, die Lenz im Verdacht hat, ein „Thinktank des Berliner Senats“ zu sein. Der Mietendeckel würde danach „Sand ins Getriebe des Systems“ werfen und sei geeignet, die Verwaltung lahmzulegen.

Staatssekretär Torsten Akmann (SPD) entgegnete, es gebe „keine unmittelbare Beeinflussung des Senats durch die Interventionistische Linke.“ Die linkextremistische Organisation werde nach wie vor vom Verfassungsschutz beobachtet.

Das Bürgerbüro von Stephan Lenz im Prenzlauer Berg war in der Nacht vorher Ziel eines Angriffs, bei dem Fensterscheiben zerstört wurden.

Fenster und Fassaden an der Lüderitzstraße beschädigt

WEDDING – In Wedding wurden in der vergangenen Nacht die Fensterfront und die Fassade eines Mehrfamilien- und Geschäftshauses durch Unbekannte beschädigt. Gegen drei Uhr bemerkten Reinigungskräfte eines Immobilienbüros in der Lüderitzstraße mehrere beschädigte Fensterscheiben. Der Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma stellte bei sieben Schaufensterscheiben und zwei Glastüren über 20 runde Einschläge fest. Außerdem wurden die Scheiben und die Hausfassade mit Farbe beschmiert. Ferner wurde an der zur Kameruner Straße gelegenen Seite des Gebäudes über zwei Schaufensterscheiben und die Fassade ein Schriftzug aufgetragen. Die Ermittlungen dauern an und wurden vom Polizeilichen Staatsschutz beim Landeskriminalamt übernommen.

Humboldt Uni: Strafanzeige gegen unbequemen Professor Jörg Baberowski

von KLAUS KELLE

Im Grund verstehe ich, dass die Vertreter der linksgrünen Kulturhegemonie an der Berliner Humboldt-Universität verhindern möchten, dass der Historiker Jörg Baberowski dort ein „Zentrum für vergleichende Diktaturforschung“ einrichtet. Es könnte den universitären Mainstream stark verunsichern, was da herauskommen würde.

Die Theorie ist das eine, die Praxis hat eine erstaunte Öffentlichkeit in den vergangenen Tagen gleich mehrmals betrachten dürfen, als ein linker Mob an der Universität Hamburg die Vorlesung des unliebsamen Ökonomieprofessors und AfD-Mitbegründers Bernd Lucke verhinderte. Kurz darauf teilte die Uni-Leitung ohne Begründung mit, dass auch FDP-Chef Christian Lindner dort nicht an einer Podiumsdiskussion teilnehmen dürfe. Zeitgleich verhinderten linksradikale antifa-Extremisten aus dem Umfeld der Göttinger Universität eine Lesung mit dem ehemaligen Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Freiheit der Lehre? Lächerlich, das war einmal... Was neu ist: Der Meinungsterror hat inzwischen auch Vertreter der bürgerliche Mitte erreicht.

Selbst CDU- oder FDP-Politiker haben inzwischen Mühe, an deutschen Universitäten zu Wort kommen zu dürfen – so auch der unbequeme Wissenschaftler Baberowski in Berlin.

Bafta Sarbo und Juliane Ziegler, zwei Vertreterinnen aus dem Allgemeinen Studierenden Ausschusses (RefRat) der Uni, haben vergangene Woche Strafanzeigen gegen den Geschichtsprofessor erstattet. Sarbo hatte gegenüber Medien den Satz gesagt: „Ein Institut, das von Herrn Baberowski maßgeblich politisch

gestaltet wird, ist nicht mit den Prinzipien vereinbar, die diese Universität für sich formuliert hat, also Antidiskriminierung und Diversität.“

Baberowski setzte auf Facebook auf diesen groben Klotz einen groben Keil und beschrieb die beiden so: „Zwei unfassbar dumme Studentinnen, die unfassbar dummes Zeug [...] ins Mikrofon rufen.“ Und „linksextremistische Fanatiker“ seien die beiden auch.

Nun hat sich Sabine Kunst, Präsidentin der Humboldt-Universität, zu dem Vorgang geäußert. In der Sitzung des Akademischen Senats (AS) gestern bezeichnete sie den Streit an der HU als „unwürdig“. Ohne den Namen ihres Professors explizit zu nennen, stellte sie klar, dass Hassrede, Rassismus und Sexismus an ihrer Hochschule keinen Platz hätten. Was auch immer das mit dem Streit um Barberowki zu tun hat...

Vor zwei Jahren hatte der streitbare Professor übrigens bereits den Zorn des AStA der Bremer Universität auf sich gezogen. Damals fragte er zurecht: „Warum soll eigentlich ein Einwanderer gratis erhalten, wofür diejenigen, die schon hier sind, jahrzehntelang hart gearbeitet haben?“ Ein geplanter Auftritt Baberowskis an der Bremer Uni wurde danach abgesagt.

Witzige Randnotiz: Als Schüler war Baberowski Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW).

Immer mehr Rentner und

Ausländer in Berlin beziehen Hartz IV

BERLIN – Der Anteil der Ausländer unter den Hartz IV-Empfängern in Berlin ist zwischen 2010 und 2019 von 25,8 auf 38 Prozent angestiegen – bei einem Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung von etwa 20 Prozent. Unter den Beziehern mit ausländischer Staatsbürgerschaft (131.000) stellen Türken (27.800) die größte Gruppe gefolgt von Syrern (21.600) und Bulgaren (8.920).

Das teilte der Senat auf eine parlamentarische Anfrage des AfD-Abgeordneten Herbert Mohr mit. Neben den Ausländern steigt auch bei den Rentnern der Bedarf die kargen Altersbezüge durch Aufstockung durch Hartz IV aufzubessern. Innerhalb von zehn Jahren sei ihre Zahl von 56.600 auf 80.400 gestiegen, teilte die Gewerkschacft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) gegenüber der *BZ* mit.

Die Gesamtzahl der Hartz I-Bezieher in Berlin hat im gleichen Zeitraum um ein Viertel abgenommen. Im Juni 2019 gab es in der Hauptstadt rund 347.400 Hartzler.

3,3 Millionen Besucher der Berliner Bühnen und Orchester

BERLIN – Die Berliner Bühnen und Orchester blicken einem sehr erfolgreichen Jahr 2019 entgegen. Die institutionell geförderten Theater, Orchester und Tanzcompagnien erwarten im laufenden Jahr insgesamt über 3,3 Mio. zahlende Besucherinnen und Besucher. Die Bühnen werden in 2019 voraussichtlich 400 Neuproduktionen erarbeiten. Zusammen mit dem Repertoire werden

in diesem Jahr über 9.100 Vorstellungen angeboten. Die Nachfrage nach den Angeboten der Berliner Bühnen zeigt sich auch außerhalb von Berlin in insgesamt 1.622 Gastspielvorstellungen.

Der Senator für Kultur und Europa, Dr. Klaus Lederer (Linke), erklärt dazu: „Die Berliner Theater, Orchester und Tanzcompagnien können auch 2019 wieder stolz auf ihre Leistung zurückblicken. Seit Jahren erreichen die Bühnen unserer Stadt stabile Zuschauerzahlen oberhalb der 3-Millionen-Marke. Mit der Steigerung um 300.000 Besucher festigen sie den Ruf Berlins als Zentrum der europäischen Theater-, Tanz- und Musikszene.

SUV-Unfall mit vier Toten: Fahrer erlitt vorher einen Anfall

BERLIN – Der Unfall, bei dem am 6. September an der Invalidenstraße vier Menschen zu Tode kamen, wurde vermutlich durch einen Krampfanfall oder einen epilaptischen Anfall des Fahrers ausgelöst. Das teilte die Generalstaatsanwaltschaft jetzt mit.

Der Porsche SUV war mit hher Geschwindigkeit auf den Gehweg gefahren und hatte dabei mehrere Fußgänger erfasst. Es gab vier Tote, darunter ein drei jahre altes Kind und dessen Großmutter (64) sowie zwei Männer (28 und 29).

Nach dem Unfall hatte es bundesweit eine Debatte darüber

gegeben, ob SUVs in Innenstädten verboten werden sollen.

Freiwillige Feuerwehren haben zu wenig Notstromaggregate

BERLIN – In Berlin besteht keine ausreichende Versorgung mit Notstromaggregaten in den Stationen der Freiwilligen Feuerwehren. Das ergab jetzt eine Anfrage der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus. Auf die Frage des Abgeordneten Thorsten Weiß teilte die Senatsverwaltung mit, dass die Wachen der Freiwilligen Feuerwehren nicht flächendeckend mit Netzersatzanlagen oder Einspeisemöglichkeiten für ortsveränderliche Netzersatzanlagen ausgestattet sind.

Für den Doppelhaushalt 2020/2021 seien Finanzmittel für die Erweiterung der Ausstattung mit Netzersatzanlagen angemeldet.

Messerangriff auf dem „Alex“: Syrer (20) lebensgefährlich verletzt

MITTE – Erneut gab es am Wochenende eine gewalttätige Auseinandersetzung, als zwei Gruppen „junger Männer“ dort in

Streit gerieten. Dabei zog ein 16-Jähriger ein Messer und stach einem 20-Jährigen mehrfach in den Rücken. Der Angegriffene wurde dabei lebensgefährlich verletzt.

Das Opfer – ein Syrer – wurde ins Krankenhaus eingeliefert und notoperiert. Inzwischen ist sein Gesundheitszustand wieder stabil. Der Messerstecher, dessen Staatsbürgerschaft noch ungeklärt ist, ist in Polizeigewahrsam und wird verhört.

Immer wieder kommt es auf dem Alexanderplatz zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Im März wurde dabei ein 26-Jähriger erstochen.

Berliner Senat fördert Kampf gegen die eigene Politik

BERLIN – Die Steuerzahler in Berlin fördern seit 2011 den Türkischen Bund Berlin-Brandenburg (TBB) mit sechsstelligen Beträgen. Im vergangenen Jahr waren es 241.765,86 Euro, für dieses Jahr sind im Haushalt 277.074,87 Euro veranschlagt. Das ergab jetzt die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Thorsten Weiß. Die Förderung erfolgt aus dem „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“.

Die Förderung ist deshalb bemerkenswert, weil das Land Berlin ein Kopftuchverbot an den Schulen durchsetzen will, gleichzeitig aber den TBB mit öffentlichen Geldern fördert, der dagegen zu Felde zieht und Kläger unterstützt, die das Vorhaben des Senats vor Gericht kippen wollen.

